

**Landesseniorentag Baden-Württemberg 2010**  
**14.10.2010**  
**Friedrichshafen**

**Rede des Vorsitzenden**  
**des Landesseniorenrats Baden-Württemberg**  
**Roland Sing**

**Es gilt das gesprochene Wort.**

**Grundpositionen des Landesseniorenrats**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Brand,  
sehr geehrter Herr Landrat Wölfle,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Bundestags und des Landtags,  
sehr geehrter Herr Prof. Kruse,  
liebe Seniorinnen, liebe Senioren,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

**I. Vorbemerkungen**

Ich freue mich sehr darüber, dass ich Ihnen die Grundpositionen des Landesseniorenrats vorstellen kann. Damit will ich Ihnen einen Überblick über unsere Arbeit in den letzten 12 Monaten geben. Gleichzeitig geht es natürlich darum, Aufgaben und künftige Herausforderungen, unter dem Aspekt der demografischen Entwicklung, darzustellen.

Zunächst darf ich feststellen, dass der Landesseniorentag **die** zentrale Veranstaltung in Baden-Württemberg ist, bei der wir öffentlich auf uns aufmerksam machen können und gleichzeitig auch zeigen wollen, dass wir uns den Herausforderungen der Zeit stellen. Als Interessensvertretung der Bürgerinnen und Bürger ab 60 Jahre haben wir natürlich in erster Linie die Interessen der älteren Generation im Blickfeld.

*- Generalverkehrsplan Baden-Württemberg*

Wir sind uns aber sehr sicher, dass viele der von uns aufzugreifenden Themen generationsübergreifend von Bedeutung sind. Wenn wir uns z. B. in der Debatte um den Generalverkehrsplan des Landes Baden-Württemberg für mehr Sicherheit im öffentlichen Verkehrswesen einsetzen, wenn wir Barrierefreiheit fordern, wenn wir eine bessere Dienstleistung der Deutschen Bahn anmahnen, dann liegt dies zwar schon im Interesse der Älteren, aber auch die gesamte Gesellschaft profitiert davon. Genau dies ist unser Ziel. Wir sind Teil der gesamten Gesellschaft und wir verstehen uns eben nicht als reine Lobbyistengruppe für die Interessen der Älteren.

### *- Gesundheitsstrategie Baden-Württemberg/ Präventionsgesetz*

Um ein weiteres Beispiel zu nennen: Wenn wir dankenswerter Weise vom Sozialministerium eingeladen sind an der Gesundheitsstrategie für Baden-Württemberg mitzuwirken, dann ist es völlig klar, dass sich eine solche Strategie auf die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung ausrichten muss und nicht nur für einzelne Gruppen. Selbstverständlich geht es auch um Strategien für die Älteren und deshalb freue ich mich, Ihnen mitteilen zu können, dass das Sozialministerium mich gebeten hat, den Vorsitz in der Arbeitsgruppe „Gesund älter werden in Baden-Württemberg“ zu übernehmen. Über die Ergebnisse werden wir berichten.

Wenn wir ein längst überfälliges Präventionsgesetz anmahnen und die Verabschiedung eines solchen auch einfordern, dann tun wir dies gleichermaßen für Kinder, für Jugendliche, für Erwachsene und selbstverständlich auch für Ältere.

## **II. Ehrenamtliches Engagement**

### *- Dienst an der Gemeinschaft*

Es ist wirklich bemerkenswert, mit wie viel Einsatz, Fleiß und auch Hilfsbereitschaft Ältere sich in den Dienst der Gemeinschaft stellen und mit unglaublich vielfältigen und fantasiereichen Projekten dies tagtäglich unter Beweis stellen.

Kinderbetreuung durch die Großeltern ist häufig an der Tagesordnung. Gemeinsame Projekte mit Schulen, Nachmittagsbetreuung von Jugendlichen und umgekehrt aber auch: Hilfestellungen von Jugendlichen für Ältere sind vielfach sichtbares Zeichen eines Zusammenhalts in der Bevölkerung. Bester Beweis dafür sind die unglaublich vielfältigen Programme der Ortsseniorenräte, der Stadt seniorenräte und auch der Kreisseniorenräte.

### *- Seniorenfreundlicher Service*

Der seniorenfreundliche Service im Einzelhandel und von Handwerkern geht z. B. auf ehrenamtliches Engagement zurück, entsprechendes gilt für den Service im Hotel- und Gaststättenbereich - die Beispiele ließen sich fortsetzen. Dass sich Freiwillige bereit erklären mit großem zeitlichem Aufwand, aber auch mit persönlicher Kompetenz und Sachverstand ehrenamtlich zu wirken und qualitative Arbeit bei der Zertifizierung zu leisten ist für mich aller Anerkennung wert.

### *- Unterstützung ehrenamtlicher Tätigkeit*

Damit bin ich bei einem weiteren wichtigen Punkt. Ehrenamtliche Tätigkeit muss wirklich Ehrenamt bleiben und hat mit Vergütung, bzw. Geldleistungen nichts zu tun; abgesehen von einem reinen Kostenersatz, z. B. für Fahrtkosten. Wichtig ist aber, dass die gesamte Gesellschaft den Wert der ehrenamtlichen Tätigkeit im Allgemeinen anerkennt und im Besonderen auch als herausragendes Beispiel immer wieder öffentlich würdigt.

Ich selbst habe jedenfalls den Eindruck, dass hier noch mehr getan werden könnte und was gibt es eigentlich Schöneres, als dass jemand einfach gelobt wird: und das kostet nicht einmal Geld, sondern nur das „Daran Denken“.

### *- BELA-Bürgerschaftliches Engagement Lebensqualität im Alter*

Ein wichtiges Projekt liegt mir am Herzen, es geht um das Engagement für Lebensqualität im Alter – kurz genannt BELA. Hier stehen wir aktuell vor der Situation, dass wir gemeinsam mit

Frau Ministerin Dr. Monika Stolz möchten, dass dieses Projekt über das Jahr 2010 hinaus fortgeführt und noch deutlich mehr mit Leben erfüllt wird. Es wäre schön, wenn sich viele Einrichtungen zur Unterstützung bereits erklären könnten und wir so wirklich als Baden-Württemberger auch in diesem Bereich Musterland sein könnten und eine Vorreiterrolle spielen würden.

Eine qualitätsvolle und die Menschenwürde wahrende Pflege ist bereits jetzt und in Zukunft noch mehr ohne bürgerschaftliches Engagement nicht zu leisten. Deshalb ist BELA die richtige Konsequenz und muss von jedem Pflegeheimträger und jeder Pflegeeinrichtung geradezu gefordert und praktiziert werden. Und auch die Versorgung, Betreuung und Pflege in der eigenen Häuslichkeit muss durch Bürgerengagement unterstützt werden. Der LandesseNIENRAT hat die Agentur „Pflege engagiert“ eingerichtet und unterstützt damit Initiativen, die sich dieser Aufgabe annehmen möchten.

### **III. Sozialpolitik**

#### *- Weiterentwicklung gesetzliche Pflegeversicherung*

Es sind viele Themen, die uns im Vorstand des LandesseNIENRATS beschäftigen. So ist uns z.B. die Weiterentwicklung der gesetzlichen Pflegeversicherung sehr wichtig. Im Hinblick auf die demografische Entwicklung wissen wir, dass die Demenzerkrankungen deutlich zunehmen werden und wir gerade dafür auch Antworten im Leistungsgeschehen benötigen.

Deshalb treten wir für eine neue Definition des Pflegebedürftigkeitsbegriffes ein. Dieser muss sich lösen von der Definition der rein körperlichen Beeinträchtigung. Vor allen Dingen müssen die Defizite im kognitiven Bereich deutlich mehr als bisher berücksichtigt werden. Entsprechende Vorschläge liegen längst auf dem Tisch; leider harren sie noch immer der Umsetzung.

#### *- Pflegestützpunkte*

Dasselbe gilt für die seit 01. Juli 2008 geltende Regelung der Errichtung von so genannten Pflegestützpunkten. Wir zahlen zwar seit dieser Zeit den erhöhten Beitrag zur Pflegeversicherung. Die Umsetzung des ohnehin nicht ausreichenden Beratungskonzepts von Pflegestützpunkten in Baden-Württemberg bis Ende 2011 lässt leider sehr zu wünschen übrig.

Deshalb appellieren wir auch von dieser Stelle aus an alle Verantwortlichen, das Minimalziel der Errichtung von 50 Pflegestützpunkten von Baden-Württemberg wirklich engagiert und konsequent anzugehen. Pflegebedürftige und deren Angehörige haben leider nicht die Zeit, die Institutionen glauben beanspruchen zu können. Schnelle Hilfe, schnelles Handeln ist angesagt.

#### *- Einbettzimmer in Pflegeheimen*

Im Rahmen der Pflegeproblematik möchte ich noch auf zwei Themen eingehen. Zum einen möchten wir ausdrücklich anerkennen, dass das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Senioren bei der Festlegung der baulichen Mindestvoraussetzungen für Pflegeheime durchgesetzt hat, dass jeder Heimbewohner einen gesetzlichen Anspruch auf ein Einzelzimmer mit eigener Nasszelle erhält.

Die Verordnung beschränkt sich nicht auf bauliche Mindeststandards, sondern greift wesentliche Aspekte eines würdevollen Lebens in Heimen auf. Dazu gehört eben auch der Anspruch auf eine geschützte Privatsphäre. Was uns weniger gefällt, ist, dass für bereits be-

stehende Heime eine viel zu lange Übergangsfrist von sage und schreibe 25 Jahren eingeräumt wurde. Was aber noch viel mehr Anlass zur Kritik gibt, ist dass von einem Teil der Heimträger und insbesondere von den privaten Trägern Bestrebungen im Gange sind, diese Ausführungsbestimmungen mit dem Argument der Finanzierbarkeit ganz oder teilweise wieder aufzugeben. Dem werden wir uns mit aller Entschiedenheit entgegenstemmen.

Letztlich geht es um die Menschenwürde im Alter, es geht um den letzten Wohnort und Lebensraum vieler pflegebedürftiger Menschen und da kann und darf es nicht sein, dass die Wahrung von Würde und Anerkennung der Persönlichkeit hinter finanziellen Überlegungen von Trägern zurückstehen muss.

Jeder Einzelne soll sich fragen, ob er an seinem Lebensabend gezwungen werden möchte, seinen persönlichen Schlaf- und Lebensraum mit einem fremden Menschen teilen zu müssen. Gerne formuliere ich das auch anders herum: alle Verantwortlichen sind aufgerufen: „Was Du nicht willst, das man Dir tu', das füge keinem Anderen zu.“

Mit großer Sorge sehen wir auch Bemühungen von Sozialhilfeträgern im Rahmen einer so genannten Pflegesteuerung das Selbstbestimmungsrecht von Pflegebedürftigen nicht zu achten. Entscheidungen einzelner Kommunen und Landkreise treiben hier wirklich seltsame Blüten. Mit den garantierten Rechtsansprüchen nach SGB IX und SGB XI haben alle diese Entscheidungen nichts zu tun. Wir haben Betroffene, und tun dies weiterhin, aufgerufen, dagegen zu klagen, wenn das Selbstbestimmungsrecht bei der Auswahl des Pflegeheimes nicht beachtet wird. Gegebenenfalls muss eben in jedem Einzelfall der Sozialhilfeträger entsprechend beklagt werden.

#### *- Rente mit 67 Jahren*

Die Thematik der Rente mit 67 Jahren beschäftigt uns ebenfalls. Mir geht es bei meiner heutigen Berichterstattung nicht um die eigentliche Grundproblematik der Rente mit 67. Vielmehr möchte ich deutlich machen, dass Ältere durchaus Willens und bereit sind, länger zu arbeiten. Man muss sie aber dann auch länger arbeiten lassen und es müssen altersgerechte Arbeitsplätze eingerichtet werden. Es muss eine bessere gesundheitliche Prävention am Arbeitsplatz organisiert werden und die Arbeitszeitgestaltung sollte sich ebenfalls an den Bedürfnissen von Älteren ausrichten.

Weil hier große Defizite gegeben sind, erreichen die Männer im Durchschnitt heute mit 63 Jahren und Frauen mit 62 Jahren bereits die faktische Altersgrenze. Die logische Folge davon ist, dass die beschlossenen gesetzlichen Regelungen praktisch zu einer Rentenkürzung führen.

Ein weiteres Thema in diesem Zusammenhang ist für uns die drohende Altersarmut für eine steigende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern in den nächsten 15 bis 20 Jahren. Hier sind wir entschieden der Auffassung, dass jetzt geeignete Maßnahmen beschlossen werden müssen, um dieser drohenden Entwicklung entgegen zu treten.

#### *- Zusatzbeiträge*

Im Bereich Gesundheitswesen habe ich bereits das Defizit im Präventionsgeschehen angesprochen. Was viele Seniorinnen und Senioren - und wir erhalten auch entsprechende schriftliche Reaktionen – stark verunsichert, sind die geplanten Zusatzbeiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung. Hier gibt es ganz große Unsicherheiten, Ängste und echte Besorgnisse.

### *- Leistungsgeschehen*

Hinzu kommt, dass leider festgestellt werden muss, dass Leistungsbegrenzungen in konkreten Einzelfällen bereits jetzt immer mehr um sich greifen, weil viele gesetzliche Krankenkassen die Einführung von Zusatzbeiträgen naturgemäß scheuen, wie der Teufel das Weihwasser. Die Folge davon ist, dass Patienten in konkreten Einzelfällen bereits erhebliche Schwierigkeiten haben, zu ihren Rechtsansprüchen zu kommen.

Der Bereich der Rehabilitation und die Thematik der geriatrischen Versorgung spielen hier genauso eine große Rolle, wie Unsicherheiten bei der Arzneimittelversorgung. Hinzu kommt, dass auf dem flachen Land immer mehr Ängste wegen drohender ärztlicher Unterversorgung und der gleichzeitigen Schließung von kleineren Krankenhäusern bestehen.

Es gibt genügend Chancen und Möglichkeiten diese Entwicklung zu stoppen, bzw. erst gar nicht eintreten zu lassen. Erforderlich wäre dann aber, dass das Gesundheitswesen von seiner zentralistischen Ausrichtung weggeführt und wieder deutlich mehr regionale Verantwortung gerade bei der medizinischen und pflegerischen Versorgung Platz greifen kann.

Der Landesseniorenrat hat sich mit der medizinisch pflegerischen Versorgung von Älteren im letzten Jahr genauso befasst wie z. B. mit der qualitativen Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln. Dabei geht es uns in erster Linie nicht um das „Mehr“ an sich, sondern insbesondere um Qualitätssicherung bei der Arzneimittelversorgung.

Mit der Führung des Landesapothekerverbandes BW konnte vor wenigen Tagen eine strategische Partnerschaft mit dem LSR abgesprochen werden. Diese strategische Partnerschaft hat zum Ziel, dass die öffentlichen Apotheken in Baden-Württemberg noch intensiver als bisher, insbesondere für ältere Kunden eine qualitative Arzneimittelberatung durchführen. Es wurden entsprechende Schulungsprogramme durch den Landesapothekerverband in Aussicht gestellt. Des Weiteren wird der Landesapothekerverband auch daran mitwirken, dass selbstbestimmtes Leben in der eigenen Häuslichkeit künftig besser ermöglicht wird.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich Sie darüber informieren, dass wir derzeit in guten Gesprächen mit den Verantwortlichen der Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg, bekannter unter dem Namen 3-Löwen-Takt, ebenfalls für eine längerfristige Zusammenarbeit sind.

### **IV. Ältere und Internet**

Als Landesseniorenrat möchten wir den Beweis antreten, dass wir Ältere uns den Herausforderungen der Zeit stellen und auch neuen Aufgaben aufgeschlossen gegenüber stehen. So ist es für uns ein ganz wichtiges Thema, noch mehr als bisher, Bürgerinnen und Bürger ab 60 mit den Chancen und Möglichkeiten des Internets vertraut zu machen.

Wir möchten, dass niemand abgehängt wird und gesamtgesellschaftliche Nachteile hat, nur weil er bestimmte Kenntnisse nicht vermittelt bekommt. Vor diesem Hintergrund haben wir uns gemeinsam mit dem Volkshochschulverband Baden-Württemberg und den Senioren-Internet-Helfern zusammengetan um im Herbst 2010 nochmals eine breite Aktion zu starten, um das Internet noch mehr als bisher den Älteren nahe zu bringen. Dass uns der SWR nicht unterstützt ist sehr bedauerlich – als Ältere sind wir wohl nur als Gebührenzahler interessant.

Es ist ganz wichtig mit den neuen Informationsmöglichkeiten umgehen zu können. Die Fahrkartenautomaten der Deutschen Bahn bzw. des öffentlichen Nahverkehrs haben immer dann zusätzlich ihre Tücken, wenn ihre Benutzerfreundlichkeit zu wünschen übrig lässt. Menschen, die z.B. des Internets nicht kundig sind, sind auf solche Automaten angewiesen können sie aber nur schwer bedienen. Deshalb wollen wir Hilfestellungen organisieren. Je-

denfalls wollen wir, dass insbesondere die vielfältigen Informationsmöglichkeiten, die heute das Internet bietet, möglichst vielen Älteren auch zu Gute kommen.

Ich ermuntere Sie Alle, soweit noch nicht geschehen, sich den neuen Möglichkeiten und Technologien zuzuwenden. Es ist leichter als gedacht. Im Übrigen gilt: zum lebenslangen Lernen gibt es keine Alternative.

#### *- Den Alltag unterstützende Technik*

Die technologische Entwicklung wird vor allem auch im Medizinbereich und in der häuslichen Betreuung schnell weiter voranschreiten. Um die damit verbundenen Chancen nutzen zu können, ist es für den Einzelnen ganz besonders wichtig, dass er gelernt hat, mit neuen Medien umzugehen. Am 25. September hat mich der Patientenbeauftragte der Bundesregierung Herr Wolfgang Zöllner im Reichstagsgebäude zu einem Gespräch empfangen. Dabei hat er mich ausdrücklich ermutigt und seine Unterstützung zugesagt, Strategien für ein selbstbestimmtes Leben in der eigenen Häuslichkeit gerade im Hinblick auf technische Hilfsmittel zu entwickeln.

Hinweisen möchte ich in diesem Zusammenhang auf einen Kongress am 22. September 2011 in Stuttgart zum Thema „alltagsunterstützende Technik“ (Ambient Assisted Living Systeme). Beim Landesseniorentag im letzten Jahr haben wir diesen Kongress mit Frau Ministerin Dr. Stolz vereinbart. Herr Zöllner wird im Übrigen auch Mitwirkender sein.

#### **V. Schlussbemerkungen**

Naturgemäß konnte ich nur einen Teil der Themenfelder aufzeigen, die uns beschäftigen und die vor allen Dingen in den lebendigen Orts-, Stadt- und Kreiseniorenräten Gegenstand der Beratungen und der Aktionen sind. Ich hoffe aber, dass Sie mit meinem Bericht das Gefühl und den Eindruck bekommen haben, dass wir in vielen gesellschaftlichen Bereichen intensiv unterwegs sind. Wir setzen Zeichen, wir mahnen Veränderungen an, geben aber gleichzeitig auch Signale, konstruktiv an Lösungen mitzuwirken.

Gerade Letzteres haben wir in der Vergangenheit bewiesen. Der Vorstand des Landesseniorenrats Baden-Württemberg will auch in Zukunft, sowohl auf der kommunalen, als auch auf der Landesebene, partnerschaftlich an notwendigen gesellschaftlichen Veränderungsprozessen mitwirken.

#### *- Empfehlungen mit den kommunalen Landesverbänden*

Wir freuen uns deshalb sehr, dass die drei kommunalen Landesverbände uns durch eine Weiterentwicklung der Empfehlungen zur Zusammenarbeit dabei nachhaltig unterstützen, die Seniorenvertretungen in den Gemeinden, Städten und Kreisen zu fördern.

Diese Vereinbarung geht Ihnen in den nächsten Wochen zu und wir ermuntern Sie, auf der Basis dieser Erklärung zur Zusammenarbeit mit jeweils verantwortlichen Gemeinde-, Städte- und Kreisvertretern Gespräche zu führen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.